

 **Bundesministerium**
Inneres

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

HERBERT KICKL
HERRENGASSE 7
1010 WIEN
TEL +43-1 53126-901000
FAX +43-1 53126-2191
ministerbuero@bmi.gv.at

GZ: BMI-LR2220/0654-II/2018

Wien, am 15. November 2018

Die Abgeordnete zum Nationalrat Stephanie Cox, Kolleginnen und Kollegen haben am 17. September 2018 unter der Zahl 1680/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Fachkräftemangel im Bereich Cybersecurity“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Frage 1:

Da Jede/r von Cyberkriminalität betroffen sein kann: Welche Maßnahmen setzen Sie bzw. planen Sie, um in der österreichischen Gesellschaft die wichtigsten Grundzüge des Themas „Cybersecurity“ bzw. „Sicherheit im Internet“ zu verankern?

Diesen Themenbereichen wird vom Bundesministerium für Inneres ein hoher Stellenwert beigemessen.

Der Fokus des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung ist vor allem im Bereich der Betreiber kritischer Infrastrukturen und von verfassungsmäßigen Einrichtungen gerichtet. Sensibilisierungsveranstaltungen (Awareness-Veranstaltungen) sowie Kontaktpflege und Vernetzung stehen im Mittelpunkt. Darüber hinaus wurden Informations- und Frühwarnsysteme aufgebaut.

Das Cybercrime Competence Center - C4 im Bundeskriminalamt setzt vor allem auf bewusstseinsbildende Maßnahmen, welche die Gefahr, Opfer von Cybercrime zu werden, verringern sollen. Dazu gehören neben Schulungen, Vorträgen, Interviews und Podiumsdiskussionen vor allem auch Kooperationen mit der Wirtschaft, wie beispielsweise im Rahmen der Initiative GEMEINSAM.SICHER, und Präventionsprojekte wie „CyberKids“.

Zusätzlich darf in diesem Zusammenhang auch auf die vom Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort gemeinsam mit A-SIT Zentrum für sichere Informationstechnologie - Austria betriebene Homepage <https://www.onlinesicherheit.gv.at> verwiesen werden. Hier ist das Bundesministerium für Inneres neben zahlreichen anderen Regierungsstellen, Institutionen und der heimischen Wirtschaft Kooperationspartner. Das IKT-Sicherheitsportal stellt ein auf elektronischem Wege abrufbares Internetportal rund um die Sicherheit der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) dar. Von Spezialisten werden hier den Mitbürgerinnen und Mitbürgern zahlreiche Informationen und Ratschläge zur Verfügung gestellt und andererseits werden im Rahmen von Beratungsgesprächen auch zahlreiche Hilfestellungen für Firmen und Privatpersonen erteilt.

Fragen

- 2. Was sind die Gründe für den Fachkräftemangel im Bereich „Cybersecurity“ in Österreich?*
- 3. Welche Maßnahmen setzen Sie bzw. planen Sie, um der Herausforderung dieses Fachkräftemangels entgegenzuwirken?*
- 4. Gibt es internationale Best-Practice Beispiele in diesem Zusammenhang bzw. wie gehen „führende“ Länder diese Herausforderung an?*
- 5. Gibt es bereits oder planen Sie mit anderen Ministerien eine Zusammenarbeit, um das Problem des Fachkräftemangels im Bereich "Cybersecurity" zu lösen? Wie sehen diese Kooperationen aus und zu welchen Ergebnissen führten sie?*
- 6. Welche Maßnahmen setzen bzw. planen Sie, um Kinder, Jugendliche und Studierende für das Thema Cybersecurity zu begeistern, damit diese eine Karriere im Cybersecuritybereich anfangen?*

Bei diesen Fragen handelt es sich um arbeitsmarktpolitische Fragen. Diese betreffen keinen Gegenstand der Vollziehung des Bundesministeriums für Inneres und sind daher im Sinne des Art. 52 Bundes-Verfassungsgesetz in Verbindung mit § 90 Geschäftsordnungsgesetz 1975 keiner Beantwortung durch das Bundesministerium für Inneres zugänglich.

Frage 7:

Konnten Sie in den letzten Jahren jede ausgeschriebene Stelle im Bereich „Cybersecurity“ besetzen?

Die Bedeutung dieses Sektors ist dem Bundesministerium für Inneres bewusst, weshalb eine ständige Evaluierung und Neuanpassung der damit tangierten Organisationseinheiten forciert und durchgeführt wird.

Es konnten nicht alle ausgeschriebenen Planstellen im gegenständlichen Bereich besetzt werden, weil es nicht ausreichend viele geeignete Bewerberinnen und Bewerber gab.

Nach Maßgabe der Qualifikationen wird selbstverständlich Bedacht darauf genommen, sämtliche Planstellen entsprechend der dafür benötigten Qualifikationen zu besetzen.

Herbert Kickl

